

# So taktiert die SVP gegen Pierre Maudet

**Bundesratswahl** Stimmen der Volkspartei für Isabelle Moret gelten als Ablenkungsmanöver, um den Genfer auszubooten

VON HENRY HABEGGER

Ignazio Cassis, der Tessiner Favorit auf den frei werdenden FDP-Bundesratssitz, ist gut unterwegs. Schub gab ihm am Dienstag das Hearing in der SVP. Die Fraktion der Volkspartei hebelte den FDP-Fraktionschef mit 45 Stimmen in die Poleposition für die Nachfolgewahl für Didier Burkhalter vom nächsten Mittwoch. Die Waadtländer FDP-Nationalrätin Isabelle Moret erhielt immerhin noch 11 Stimmen und darf sich damit Hoffnungen machen, zumindest in den Schlussgang zu kommen. Duster sieht es für den Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet aus. Er erhielt von der SVP nur gerade eine Stimme, und die erst noch nur im ersten Wahlgang.

Aber das Resultat in der SVP, die ihre Präferenzen als bisher einzige der sechs nicht-freisinnigen Fraktionen festlegte, könnte täuschen. Geht es nach dem Luzerner SVP-Nationalrat Felix Müri, ist Cassis noch lange nicht gewählt. Seine Analyse: «Ich gehe davon aus, dass Bundespräsidentin Doris Leuthard in der CVP-Frak-

tion ihren Einfluss spielen lässt.» Und für SVP-Schwergewicht Müri ist naheliegend, was die Bundespräsidentin im Schilde führt: «Leuthard dürfte sich in der CVP für den Genfer Pierre Maudet einsetzen.»

## Kippen Cassis und Moret Bundesrat?

Die Überlegung, die Müri zu diesem Schluss führt: Sowohl mit Ignazio Cassis als auch mit Isabelle Moret kippen die Kräfteverhältnisse im Bundesrat. Heute seien vier Mitglieder der Regierung klar Mitte-Links positioniert: Die beiden SP-Leute Alain Berset und Simonetta Sommaruga, der abtretende Freisinnige Didier Burkhalter und eben CVP-Frau Doris Leuthard. Diese habe faktisch das Sagen im Bundesrat. Mit den rechts positionierten Cassis oder Moret, so Müris Analyse, würde Leuthard ihre alles entscheidende Rolle verlieren. Weil die neue Vierermehrheit klar bürgerlich-rechts tickte. Würde aber der in vielen Fragen vergleichsweise Richtung links und Mitte orientierte Genfer Maudet Bundesrat, könnte Leuthard ihre Rolle als Leaderin im Bundesrat behalten.



Pierre Maudet – erhält von der SVP keinen Support. KEY



Das Online-Dossier zur Bundesratswahl: [azm.li/BRW2017](http://azm.li/BRW2017)

Als Indiz, dass die CVP etwas im Schilde führt, werten Müri und andere SVP-Strategen den Umstand, dass die CVP-Fraktion am Dienstag zwar ebenfalls Hearings durchführte, sich aber danach nicht auf einen Kandidaten oder eine Kandidatin festlegte. Die Mittepartei wolle ihre Karten nicht aufdecken und sich im letzten Augenblick in Stellung bringen.

## Pfister: «Leuthard hält sich raus»

Entscheidet also die einflussreiche Doris Leuthard die Bundesratswahl? CVP-Präsident Gerhard Pfister wehrt kurz und bündig ab: «Frau Leuthard hält sich bei Bundesratswahlen raus.» Auch CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) verweist solche Überlegungen ins Reich der Fantasie: «Doris Leuthard ist sich ihrer Rolle als Bundespräsidentin sehr wohl bewusst und überlässt die Wahl des Bundesrats dem Parlament.»

Was gestern im Gespräch mit Bundesparlamentariern deutlich wurde: Das Resultat der SVP-Fraktion gilt als strategisch minutiös geplant. Die SVP hält Maudet für den weit gefährlicheren Gegner für Cassis

als Moret. Dass die Waadtländerin den Tessiner in einem Schlussgang schlagen kann, gilt als unwahrscheinlich. Bei Maudet ist das wegen der resultierenden politischen Mehrheiten und der Dynamik im Bundesrat anders: Da gehen Vertreter anderer Parteien mit Felix Müris Analyse einig.

Diese Angst vor Pierre Maudet ist gemäss Beobachtern auch der Grund, warum die SVP Isabelle Moret knapp ein Dutzend Stimmen gab, den Genfer Pierre Maudet aber leer ausgehen liess. Ziel dieser Strategie war demnach, Mitte-Links zu verleiten, ihre Kräfte auf Moret zu konzentrieren - in der Annahme, diese sei die stärkere der beiden Cassis-Herausforderer.

Ein Ablenkungsmanöver der SVP also? «Die Strategie der SVP ist relativ offensichtlich», nickt ein Spitzenvertreter einer anderen Partei. «Ihr oberstes Ziel ist, den unabhängigen Maudet zu verhindern.»

So oder so, es dauert noch fast eine Woche bis zu den Bundesratswahlen. Erst am Dienstag, nach den Hearings von SP, BDP und GLP, dürfte deutlich werden, wer welche Karten hat im Bundesrats-Poker.

# Das Hickhack um den Strom geht in die nächste Runde - und droht zu scheitern

**Elektrizität** Sollen Haushalte und KMU von Gewinnen der Stromversorger profitieren? Im Parlament sind die Fronten verhärtet.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Der Schweizer Strommarkt ist ein kompliziertes Konstrukt: 2007 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das den Markt in zwei Schritten öffnen sollte. Die Liberalisierung blieb jedoch auf halbem Weg stecken. Grossverbraucher können seit 2009 ihren Lieferanten selber wählen, sie können sich auf dem Markt also selber eindecken.

Nicht so die Privatkunden - also jeder einzelne Haushalt - sowie die KMU: Sie sind auf ihr lokales Stromversorgungsunternehmen angewiesen und können dieses nicht wechseln. Man spricht deshalb von «gebundenen Endkunden». Obwohl die volle Liberalisierung weiterhin ein strategisches Ziel des Bundesrats ist, hat er diese im Frühling 2016 auf Eis gelegt - zu gross waren die Bedenken um die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Strombranche.

## Der systemfremde Artikel

Jedes Schräubeln an den gesetzlichen Rahmenbedingungen reibt sich demnach an dieser Ausgangslage - das zeigte sich gestern im Ständerat wieder

einmal exemplarisch. Auf dem Tisch lag das Bundesgesetz zum Um- und Ausbau der Stromnetze. Dieses will Engpässe beheben, indem Bewilligungsverfahren beschleunigt und die Entwicklung des Netzes optimiert werden. Kurz: Es ist ein technisches Gesetz, das mit Fördermassnahmen zugunsten der zum Teil notleidenden Wasserkraft nichts zu tun hat - eigentlich.

Im Verlauf der parlamentarischen Beratungen hat der Ständerat aber genau eine solche Massnahme in die Vorlage hineingepflanzt: Privatkunden und KMU sollen die einheimische Stromproduktion zusätzlich stützen.

## Vom Bundesgericht bestätigt

Wie soll das konkret gehen? Die Elektrizitätsunternehmen beziehen ihren Strom bei verschiedenen Anbietern, bevor sie ihn an die Endkunden verkaufen. Das kann Wasser- oder Atomstrom aus der Schweiz sein, aber auch Elektrizität von ausländischen Anbietern (etwa französischer Atom- oder deutscher Kohlestrom). Preisvorteile, die sie aus dem Handel mit Strom generieren, müssen sie anteilmässig weitergeben - für Haushalte und KMU wird die Rechnung also billiger. Dies verlangt die sogenannte Durchschnittspreismethode, die das Bundesgericht im Sommer 2016 bestätigt hat.

Der Ständerat will die Durchschnittspreismethode nun aber aus dem Gesetz kippen. Profitieren würden dabei

in erster Linie Elektrizitätsunternehmen, die eine eigene Stromproduktion haben und Endkunden beliefern (also nicht etwa die Grosskonzerne Axpo und Alpiq). Sie könnten ihnen ihre Gestehungskosten in vollem Umfang überstellen.

## Volk stimmte für Atomausstieg

Für Otto Normalverbraucher würde die Stromrechnung damit teurer, für Grossverbraucher billiger. Mit anderen Worten: Die einheimische Wasserkraft würde gestützt, genauso aber die Stromproduktion aus der Atomkraft - was dem von der Bevölkerung abgesegneten Ausstieg aus der Kernenergie zuwiderlaufe, monieren Kritiker von Mitte-Links.

Der Nationalrat hingegen hatte in der Sommersession einen anderen Weg eingeschlagen. Er lagerte die Hilfsmassnahmen für die einheimische Stromproduktion in eine separate Vorlage aus und wollte sie bei der Ausgestaltung des künftigen Strommarkt-designs diskutieren. Dies hätte den Vorteil, dass man das eigentliche Anliegen des Gesetzes - der Um- und Ausbau des Stromnetzes - schnell verabschieden könnte und keine Zeit mit einem systemfremden Artikel verliert. Denn derzeit sind die Fronten zwischen National- und Ständerat derart verhärtet, dass eine Einigung nicht in Sicht ist. Die Folge davon wäre eine unerwünschte Verzögerung des

ganzen Gesetzes, von dem weite Teile eigentlich völlig unbestritten sind. Einzig bei Fragen rund um die Liberalisierung des Messwesens gibt es zwischen den Räten noch grössere Differenzen.

## Teurer, aber sauber

Nächste Woche befasst sich nun die nationalrätliche Energiekommission wieder mit der Vorlage. Aufgrund der kurzen Beratungszeit, die dafür vorgesehen ist, ist offen, ob das Plenum in dieser Session überhaupt nochmals zum Zug kommt - oder ob die Beratung in den Winter verschoben wird. Es zeichnet sich eine Einigungskonferenz ab.

Noch ist schwer abzuschätzen, ob sich die Räte in letzter Sekunde doch noch annähern. In der Wandelhalle geistert jedenfalls die Idee eines Kompromisses herum: Demnach würde die im Ständerat ungeliebte Durchschnittspreismethode zwar nicht komplett aufgehoben, aber mit dem Zusatz versehen, dass nur einheimische erneuerbare Energien zusätzlich gestützt werden sollen. Sprich: Die Stromunternehmen könnten den gebundenen Endkunden die Produktionskosten des Wasserkraft-, nicht aber des Atomstroms voll verrechnen. Die Haushalte müssten damit zwar ebenfalls einen leicht höheren Tarif berappen - aber die Versorger hätten einen Anreiz, ihnen «sauberen» Schweizer Strom zu liefern.

## Keine Namenslisten

SP-Chef schweigt zu Anti-Transparenz-Entscheid

VON JONAS SCHMID

Der Ständerat will nicht, dass die Bürger wissen, wie ihre Kantonsvertreter abstimmen. Er verzichtet darauf, die Namensliste seiner Abstimmungen im Internet offenzulegen. Einen entsprechenden Vorstoss seiner Staatspolitischen Kommission versenkten die Kantonsvertreter am Dienstag mit 27 zu 17 Stimmen (siehe auch «Nordwestschweiz» von gestern). Pikant: Unter den Nein-Sagern befanden sich auch sieben Genossen, an vorderster Front Christian Levrat - der Präsident jener Partei also, die demnächst eine «Volksinitiative für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» einreichen will. Von den anderen mehr Offenheit einfordern und sich - wenn es ums eigene Stimmverhalten geht - dagegen wehren: Wie passt das zusammen?

Dazu wollte sich der SP-Chef gestern auf Anfrage nicht mehr äussern und verwies stattdessen auf die Debatte im «Stöckli». Dort befürchteten mehrere Votanten, die chambre de réflexion könnte ihre vermittelnde Rolle verlieren, sollten die Ständesvertreter künftig entlang des Links-Rechts-Schema verortet werden. Man sei nicht nur Partei- sondern auch Kantonsvertreter, hiess es nicht ohne Stolz. Das Denken in starren politischen Blöcken sei den Ratsmitgliedern fremd. Man wolle nicht zu einem «kleinen Nationalrat» werden. Wer das Stimmverhalten einzelner Mitglieder eruieren wolle, solle sich die Mühe machen und auch künftig Debatten und Abstimmungen mitverfolgen, etwa über den Live-Stream auf der Parlaments-Website. Fazit: Anders als im Nationalrat werden im Ständerat also auch in Zukunft die Namenslisten nur bei Gesamt- und Schlussabstimmungen publiziert.

Soweit so gut. Doch auch wenn Christian Levrat schweigt, bleibt die Frage, ob die SP-Ständeräte nicht mit ihrem Votum gegen mehr Transparenz im Bundeshaus die Bemühungen ihrer Basis hintertreiben, die derzeit mühsam via Internet und auf der Strasse die letzten Unterschriften für das SP-Volksbegehren zusammenkratzen. Denn nicht jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger weiss zwischen der Forderung nach mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung und derjenigen im Ständerat so zu unterscheiden, wie das Levrat tut.

INSERAT

## Endlich mehr AHV:

- 840 Fr. pro Jahr für Alleinstehende,
- bis 2712 Fr. pro Jahr für Paare.

Die Gewerkschaften stimmen:

2x | **JA** zur Rentenreform  
am 24. September

[www.sichere-renten-ja.ch](http://www.sichere-renten-ja.ch)

SBB

## Parlament bremst den Serviceabbau

Das Parlament bremst die SBB bei der Schliessung von Billett-Verkaufsstellen in AVEC-Läden oder Migrolino-Shops. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für ein Moratorium bis 2020 ausgesprochen. Die Mehrheit bestritt zwar nicht, dass sich die Verkaufskanäle mit der Digitalisierung ändern. Dennoch war sie der Meinung, die SBB verliören die Kundenbedürfnisse aus den Augen. Verkehrsministerin Doris Leuthard wies vergeblich darauf hin, dass es sich um eine operative Aufgabe handle und nur noch 0,8 Prozent der Tickets an Schaltern verkauft würden.

Einstimmig abgelehnt hat der Ständerat dagegen eine CVP-Motion. Diese wollte den Bundesrat verpflichten, für mehr Parkplätze bei Bahnhöfen ausserhalb der grossen Städte zu sorgen. (SDA)